






	CDU/CSU 	SPD 	FDP 	FDP	Die Linke 	Bündnis 90/Die Grünen 
Familienpolitik	<ul style="list-style-type: none"> Schrittweiser Ausbau der Kinderbetreuung bis zum Rechtsanspruch auf Betreuung für unter Dreijährige ab 2013; Einführung eines Betreuungsgeldes; Weiterentwicklung des Elterngeldes, auch in Richtung eines Teilerntgeldes bis zu 28 Monate auch für Selbstständige; Anhebung des Kindergrundfreibetrags auf 8.004 Euro und des Kindergeldes. 	<ul style="list-style-type: none"> Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für jedes Kind ab dem ersten Lebensjahr; Weiterentwicklung der Kindertagesstätten zu Eltern-Kind-Zentren mit umfassender Elternberatung; Auszahlung des Elterngeldes bis zu 16 Monate, wenn der eine Partner zwölf und der andere vier Monate zur Kinderbetreuung zu Hause bleibt; Änderung des Ehegattensplittings, dass für beide Partner Erwerbsanreize gegeben sind; Erhöhung des Kindergrundfreibetrags von derzeit 3.864 € um weitere 200 € je Kind ab dem 1.1.2010. 	<ul style="list-style-type: none"> Staatliche Finanzierung von Bildung und Kinderbetreuung, aber mit einer privaten Struktur über Bildungs- und Betreuungsgutscheine für jedes Kind ab dem ersten Lebensjahr; Betreuungsgeld wird abgelehnt; Anhebung des Kindergeldes auf 200 €; gleicher steuerlicher Grundfreibetrag für Erwachsene und Kinder. 		<ul style="list-style-type: none"> Rechtsanspruch auf eine gebührenfreie Ganztagsbetreuung ab dem ersten Lebensjahr; Elterngeld zu einem sozial ausgestalteten Elterngeldkonto weiterentwickeln: Auszahlung des Elterngeldes zwei Jahre lang – zwölf Monate für jeden Partner; Anhebung des Kindergeldes und des Hartz-IV-Satzes für Kinder auf 200 €, später eine Kindergrundsicherung; Abschaffung des Ehegattensplittings. 	<ul style="list-style-type: none"> Weiterentwicklung des Ehegattensplittings zur Individualbesteuerung; Kindergrundsicherung in Höhe von 330 € monatlich für jedes Kind, die versteuert werden muss; Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder ab dem ersten Lebensjahr.
Bildungspolitik	<ul style="list-style-type: none"> Bis 2015 sollen 10% des BIP in Bildung und Forschung investiert werden; Kinder ab vier Jahren sollen verbindliche Sprachtests ablegen, bei Defiziten sollen sie frühzeitig gefördert werden; gefordert werden bundesweite Leistungsmaßstäbe für Bildungseinrichtungen und Bildungsabschlüsse; Bekenntnis zum gegliederten Schulsystem und gegen Einheitsschulen; mehr Gewicht für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik; mehr Autonomie für und mehr Wettbewerb zwischen den Hochschulen; Deutschland soll Export-Weltmeister beim Export beruflicher Bildungsangebote werden; Verbesserung der Anerkennung der im Ausland erworbenen beruflichen Qualifikationen. 	<ul style="list-style-type: none"> Reduzierung der Schulabbrecherzahlen; Zusammenlegung von BaFöG und Meister-BaFöG zu einer Erwachsenenbildungsförderung; Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung vom ersten Geburtstag an; Gebührenfreiheit für Kindertagesstätten und Tagespflege; mehr Durchlässigkeit im Bildungssystem; Ausbau der Ganztagschulen; Berufsorientierung an allen Schulen; gebührenfreies Erststudium bis einschließlich zum Master; Hochschulzugang auch ohne Abitur mit zentralem bundeseinheitlichen Zulassungssystem. 	<ul style="list-style-type: none"> Forderung einer „Initiative für Bildung“, d.h. bis 2010 sollen 10% des BIP in Bildung und Forschung investiert werden; bundesweit vergleichbare Qualitätsstandards im Bereich der vorschulischen Bildung; Fortbildungsoffensive für Erzieher/-innen; Ab-schaffung der Schuleinzugsbereiche; Verbesserung der Qualität der Lehrerfortbildung; bessere Rahmenbedingungen für die Hochbegabtenförderung; Flexibilisierung und Modularisierung von Ausbildungsgängen; Höchstmaß an Autonomie für die Hochschulen; Ausbau des Stipendien-systems. 		<ul style="list-style-type: none"> Nationalen Bildungspakt auflegen: Öffentliche Bildungsausgaben auf mind. sieben Prozent des BIP anheben; Bildungsberufe aufwerten; offenen Studienzugang mit einem Hochschulzulassungsgesetz ermöglichen. 	<ul style="list-style-type: none"> „Bildungssoli“ (Finanzierung aus Teilen des „Soli“ und Erbschaftsreformsteuer); Berufsorientierung in der Schule verbessern, Produktionsklassen sollen Übergang in betriebliche Ausbildung fördern; Abschlüsse von vollschulischen Ausbildungen sollen von den Kammern bundesweit anerkannt werden; Ausbildungssituation verbessern durch regionale oder branchenspezifische Umlagesysteme zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben; Qualifikationsrahmen: Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung: Durchlässigkeit von Beruf, Hochschule, Weiterbildung – auch europaweit –; 500.000 zusätzliche Studienplätze aus einem Bund-Länder-Fonds finanzieren; keine Studiengebühren; Bundeseinheitliche Regelungen für Zulassungen und Abschlüsse an Hochschulen und starke Servicestelle für Hochschulzulassungen; Bundeseinheitliches Qualitätssiegel für Kinderbetreuungseinrichtungen; Erzieherinnenausbildung in Teilen auf Hochschulniveau bringen, regelmäßige Weiterbildungspflicht für alle Erzieherinnen; Flächendeckend echte Ganztagschulen.
Arbeitsmarktpolitik	<ul style="list-style-type: none"> Mindesteinkommen mit ggf. ergänzenden staatlichen Leistungen an Stelle von Mindestlöhnen, Erhalt der Mini-Jobs; Stabilisierung der Lohnzusatzkosten; verbesserte Arbeitsvermittlung durch die Bundesagentur für Arbeit; weiterhin Unterstützung des Nationalen Ausbildungsplans; Abschlüsse der deutschen dualen Berufsausbildung werden als gleichwertig zu ausländischen Studienabschlüssen angesehen, bessere Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen, um international Transparenz herzustellen und Mobilität zu erleichtern; Fortentwicklung des bewährten dualen Bildungssystem. 	<ul style="list-style-type: none"> Stärkung und Modernisierung des dualen Berufsausbildungssystems, mehr Ausbildungsangebote, die eine betriebliche Ausbildung mit einem akademischen Studium verbinden; über den Ausbildungsplan sollen die Ausbildungsplatz-Verpflichtungen der Wirtschaft weiter erhöht werden; Berufsausbildungs-garantie für alle, die älter als 20 Jahre sind und weder Berufsabschluss noch Abitur haben; Jugendlichen im Osten Anreize (z. B. gleiche Löhne, gute Infrastruktur) bieten, nicht in andere Regionen abzuwandern; bessere und leichtere Anerkennung ausländischer Qualifikationen; flächendeckende Einführung von One-Stop-Shops für Existenzgründer; Reduzierung von Informations- und Statistikpflichten im Rahmen des Bürokratieabbaus; besserer Kapitalzugang für den Mittelstand, u.a. durch Unterstützung des genossenschaftlichen Sektors. 	<ul style="list-style-type: none"> Vereinfachung des Kündigungsschutzgesetzes; Ausbau des Normenkontrollrats zu einem Bürokratie-TÜV; Rückführung der KfW auf ein reines Förderinstitut; Auflösung der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg; Übertragung der Aufgaben der örtlichen Arbeitsagenturen auf die Kommunen. 		<ul style="list-style-type: none"> Einführung einer Ausbildungsplatzumlage; Ausbildungsentgelte grundsätzlich tariflich vereinbaren; Praktika mit mind. 300 € im Monat vergüten; Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft, das Unternehmen so lange zu Maßnahmen verpflichtet, bis mind. 50%-Quote für Frauen auf allen Qualifikationsstufen erreicht ist; Mitbestimmungsrecht auch in kleineren Betrieben; Gewährleistung zinsgünstiger Finanzierung sinnvoller Investitionen; Kurz-arbeitergeld in der Krise verlängern und ausweiten, Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes verlängern. 	<ul style="list-style-type: none"> ALV: Grüne Grundsicherung: Regelsatz auf 420 € erhöhen, zusätzliche, individuelle Leistungen in besonderen Lebenslagen; Entschärfung der Zumutbarkeitsregelungen beim ALG II, Anrechnung von Partnereinkommen reduzieren, Zuverdienstmöglichkeiten verbessern.
Allgemeines	<ul style="list-style-type: none"> Finanzaufsicht soll in Zukunft auch im Interesse der Verbraucher tätig sein; stärkere Förderung des Ehrenamtes; Abbau aller nationalen Statistik- und Berichtspflichten netto um 25 Prozent bis 2011; Bürokratiecheck für europäische Entscheidungen; Umsetzung europäischer Richtlinien nur 1:1; mit Blick auch auf das Europäische Patentrecht soll ein „verbessertes Schutz“ geistigen Eigentum erreicht werden; auch soll den Urheberrechten Rechnung getragen werden. <p>Eigener Wahlauftritt der CSU: Die CSU hat auf ihrem Parteitag Mitte Juli ergänzend zum gemeinsamen Programm der Unionsparteien einen eigenen Wahlauftritt verabschiedet. Auch darin werden die Freien Berufe explizit erwähnt. Inhaltlich werden u.a. für die Steuersenkungsschritte konkret die Jahre 2011 und 2012 benannt. Auch sollen mit Blick auf die EU Bundestag und, falls betroffen, der Bundesrat das Recht erhalten, zu jeder europäischen Entscheidung eine für die Bundesregierung verbindliche Stellungnahme abzugeben.</p>	<ul style="list-style-type: none"> Unterstützung des Qualitätswettbewerbs im Vergaberecht; Einführung eines gesetzlichen Lobbyregisters. 	<ul style="list-style-type: none"> Vereinfachung des Vergaberechts 		<ul style="list-style-type: none"> Aussetzung der IHK-Beiträge bis zu einem Gewerbeertrag von 30.000 €; klare Trennung von Wirtschaftsinteressen und Politik. 	<ul style="list-style-type: none"> Bessere Finanzaufsicht für neue Finanzmarktprodukte durch sog. Finanz-Marktwächter, der unter dem „bewährten Dach der Verbraucherzentralen“ den Markt kontrollieren, Verbraucher aufklären und Streitfälle schlichten soll. Freiberufler vom Fach werden hier nicht als Alternative genannt. Möglichkeit der außergerichtlichen Einigung stärken – z.B. Mediation stärken.

Erfolg für BFB

Krankengeld für Selbstständige wieder bezahlbar!

Seit dem 1. August 2009 ist die Krankengeldabsicherung für Selbstständige wieder bezahlbar. Eine für BFB-Präsident Dr. Ulrich Oesingmann unumgängliche Kehrtwende: „Wir begrüßen, dass der Gesetzgeber die erst zum 1. Januar 2009 eingeführte Streichung des Krankengeldanspruchs für Selbstständige in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) wieder rückgängig gemacht hat. Dies ist deutlich auf das Engagement des BFB zurückzuführen. Schließlich haben wir bereits im September des vergangenen Jahres auf die Strei-

chung des Krankengeldes für Selbstständige zum Jahreswechsel hingewiesen und die politisch Verantwortlichen zum Einlenken aufgefordert.“

Mit der Einführung des Gesundheitsfonds zum 1. Januar 2009 wurde der gesetzliche Anspruch auf Krankengeld für Selbstständige, die freiwillig in der GKV versichert waren, gestrichen. Anstelle des damit verbundenen automatisch gegebenen Krankengeldanspruchs traten Wahltarife, die die Krankenkassen anbieten

mussten. Die Betroffenen profitierten zwar jetzt von einem um 0,6 Prozentpunkte niedrigeren Beitragssatz. Doch diese Einsparung reichte in der Regel nicht aus, um die von den GKV angebotenen Wahltarife zur Absicherung des Krankengeldes zu erwerben. Da auch das Angebot privater Versicherungsunternehmen deutlich teurer war, war die seit Jahresbeginn geltende Neuregelung fast immer mit einer zum Teil deutlichen, für den BFB nicht hinnehmbaren, Zusatzbelastung für Selbstständige verbunden.

Wie kein anderer Spitzenverband hat der BFB daher gegen diese Zusatzbelastung protestiert und eine Rücknahme gefordert. Dem ist der Gesetzgeber im Rahmen der 15. Arzneimittelnovelle nunmehr nachgekommen. Die seit dem 1. August 2009 geltende Regelung beinhaltet ein Wahlrecht für die Versicherten: Entweder sie entscheiden sich für den gesetzlichen Anspruch auf Krankengeld ab der 7. Krankheitswoche – entspricht der Regelung von früher – und zahlen den allgemeinen Beitragssatz von 14,9 Prozent. Oder sie wählen den ermäßigten Bei-

tragssatz von 14,3 Prozent und verzichten auf den gesetzlichen Krankengeldanspruch. Mit der Einsparung durch den ermäßigten Satz können sie einen Wahltarif hinzukaufen, der nicht zwingend von der GKV sondern auch von einem privaten Versicherungsunternehmen angeboten werden kann.

Neu im Vergleich zur alten Regelung ist auch, dass der Betroffene aktiv eine Wahlklärung abgeben muss. Auch hiergegen hat der BFB Einspruch erhoben, denn diese Wahlklärung ist

weitestgehend überflüssig und damit mit zusätzlicher Bürokratie verbunden. Denn die große Mehrheit der Versicherten wird sich allein aus Kostengründen für den gesetzlichen Krankengeldanspruch entscheiden.

Mehr Informationen enthält das BFB-Info-blatt „Krankengeldanspruch für Selbstständige“, das auf der BFB-Webseite unter Positionen -> Infoblätter herunterladbar ist.

Dipl.-Volksw. Marcus Kuhlmann, BFB